

Protokoll

über die ordentliche öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Varel und des Aufsichtsrates der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung am Donnerstag, 06.10.2022, 19:00 Uhr, im Jugend- und Vereinshaus Weberei, Oldenburger Straße 21, 26316 Varel.

Anwesend:

Ratsvorsitzender:	Dominik Helms
1. stellv. Ratsvorsitzende:	Dr. Susanne Engstler
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
stellv. Bürgermeister:	Sören Krieghoff
stellv. Bürgermeisterin:	Anke Kück
stellv. Bürgermeister:	Raimund Recksiedler
Ratsmitglieder:	Klaus Ahlers
	Sascha Biebricher
	Uwe Brennecke
	Dirk Brumund
	Jürgen Bruns
	Sigrid Busch
	Uwe Cassens
	Hergen Eilers
	Anja Ender
	Karl-Heinz Funke
	Jan-Niclas Hollwege
	Johannes Klawon
	Malte Kramer
	Timmy Kruse
	Lars Kühne
	Regina Mattern-Karth
	Dr. Christoph Meißner
	Alfred Müller
	Axel Neugebauer
	Georg Ralle
	Ralf Rohde
	Gesche Wittkowski
Gleichstellungsbeauftragte:	Andrea Arens
von der Verwaltung:	Thomas Besse
	Heiko Eilers
	Alexander Gerdes
	Detlef Meyer
	Jens Neumann
	Michael Tietz

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates**
- 2 Feststellung der Tagesordnung**
- 3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 29.06.2022**
- 4 Einwohnerfragestunde**
- 5 Berichte und Anträge der Ausschüsse**
- 5.1 Verwaltungsausschuss vom 14.07.2022**
- 5.1.1 Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Tourismus und Bäder vom 30.06.2022**
- 5.1.1.1 Feststellung Jahresabschluss 2021
Vorlage: 179/2022
- 5.2 Verwaltungsausschuss vom 04.08.2022**
- 5.2.1 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 26.07.2022**
- 5.2.1.1 Bebauungsplan Nr. 53, 8. Änderung (Alter Warf); hier: Abwägung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 221/2022
- 5.3 Verwaltungsausschuss vom 15.09.2022**
- 5.3.1 Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Tourismus und Bäder vom 07.09.2022**
- 5.3.1.1 Bewirtschaftung der Vareler Bäder unter den Rahmenbedingungen der Energiekrise
Vorlage: 252/2022
- 5.4 Verwaltungsausschuss vom 29.09.2022**
- 5.4.1 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 20.09.2022**
- 5.4.1.1 Bebauungsplan Nr. 254 (Vareler Brauhaus); hier: Abwägung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 262/2022
- 5.4.2 Anträge an den Rat der Stadt Varel**
- 5.4.2.1 Fortführung der Kooperationsvereinbarung vom 21.10.2020 zwischen der Stadt Varel, dem Heimatverein Varel e. V. und dem Kulturverbund Friesland
Vorlage: 265/2022
- 5.5 Stiftungsvorstand der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung vom 29.09.2022**
- 5.5.1 Anträge an den Rat der Stadt Varel**
- 5.5.1.1 1. Nachtragswirtschaftsplan der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2022
Vorlage: 276/2022/1
- 6 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 7 Anträge und Anfragen**
- 7.1 Beschlüsse des Rates des Stadt Varel zum UNESCO-Biosphärenreservat "Nie-

dersächsisches Wattenmeer"

7.2 Sitzungen der Gremien des Rates der Stadt Varel in den Rathäusern I und II

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates

Ratsvorsitzender Helms eröffnet um 19:00 Uhr die ordentliche öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßt die Ratsmitglieder und den Vertreter der Presse.

Er stellt fest, dass Ratsfrau Möller und die Ratsherren Dr. Boos, Rostek und Schäfer entschuldigt fehlen.

2 Feststellung der Tagesordnung

Ratsvorsitzender Helms stellt die Tagesordnung fest.

3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 29.06.2022

Der öffentliche Teil des Protokolls über die Sitzung des Rates der Stadt Varel vom 29.06.2022 wird einstimmig genehmigt.

4 Einwohnerfragestunde

In der Einwohnerfragestunde gibt es keine Wortmeldungen.

5 Berichte und Anträge der Ausschüsse

5.1 Verwaltungsausschuss vom 14.07.2022

5.1.1 Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Tourismus und Bäder vom 30.06.2022

5.1.1.1 Feststellung Jahresabschluss 2021 Vorlage: 179/2022

Ratsherr Eilers führt aus, dass der Geschäftsbetrieb auch im Kalenderjahr 2021

durch die Corona-Krise sehr stark beeinträchtigt worden ist. Er dankt den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen für die geleistete Arbeit und bezeichnet das Betriebsergebnis vor dem Hintergrund der Corona-Krise als insgesamt gut.

Beschluss:

Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes Tourismus und Bäder zum 31.12.2021 wird nach Maßgabe des § 33 Eigenbetriebsverordnung wie folgt beschlossen:

a) In der Gesamtbilanz auf der Aktiv- und Passivseite mit je	11.690.762,71 €
b) In der Gewinn- und Verlustrechnung auf der Aufwandseite mit	3.560.379,12 €
auf der Erlösseite mit	2.745.961,61 €
und ein Jahresverlust von	814.417,51 €

Der Lagebericht zum 31.12.2021 wird beschlossen.

Der Jahresverlust 2021 in Höhe von 814.417,51 € wird aus dem Haushalt der Stadt Varel ausgeglichen. Der Werkleitung des Eigenbetriebes wird für das Wirtschaftsjahr 2021 Entlastung erteilt.

Einstimmiger Beschluss

5.2 Verwaltungsausschuss vom 04.08.2022

5.2.1 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 26.07.2022

**5.2.1.1 Bebauungsplan Nr. 53, 8. Änderung (Alter Warf); hier: Abwägung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 221/2022**

Beschluss:

Die dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 26.07.2022 anliegenden Abwägungsvorschläge werden zum Beschluss erhoben. Die 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 53 wird nebst Begründung als Satzung beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

5.3 Verwaltungsausschuss vom 15.09.2022

5.3.1 Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Tourismus und Bäder vom 07.09.2022

5.3.1.1 Bewirtschaftung der Vareler Bäder unter den Rahmenbedingungen der Energiekrise Vorlage: 252/2022

Ratsfrau Mattern-Karth weist darauf hin, dass das Hallenbad wegen der Nutzung regenerativer Energiequellen einer benachbarten Biogasanlage nicht von der Energiekrise betroffen ist. Sie begrüßt es, dass dort auch weiterhin der so wichtige Schwimmunterricht für Kinder stattfinden kann während andere Kommunen vergleichbare Einrichtungen schließen müssen.

Ratsfrau Ender schließt sich dem an und weist ergänzend auf die Bedeutung des Hallenbades für den Ausbildungs- und Übungsbetrieb der DLRG hin.

Ratsfrau Wittkowski erklärt, dass die Gruppe ZUKUNFT VAREL/KLARE KANTE gegen eine Schließung des DanGastQuellbades stimmen wird, weil es sich um einen unverzichtbaren Teil der touristischen Infrastruktur handelt und wegen seiner Bedeutung für den Dangaster Standort der Friesenhörn-Nordsee-Kliniken GmbH & Co. KG. Ihres Erachtens werden die Sorgen der Beschäftigten und der kleinen Vermieter/innen durch den zur Abstimmung stehenden Beschluss ignoriert.

Außer Acht gelassen wird auch, dass das DanGastQuellbad durch den Einsatz des Jod-Sole-Wassers in besonderer Art und Weise der Gesundheit seiner Besucher/innen zuträglich ist. Sie verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass es sich bei COVID-19 um eine Atemwegserkrankung handelt.

Ratsherr Eilers sieht angesichts der im kommenden Winter drohenden Gasmanngelage die dringende Notwendigkeit zum Handeln und Energie einzusparen. Angesichts dessen hält er die Schließung des DanGastQuellbades eine in der Sache angemessene Entscheidung, die er im Übrigen auch von anderen Kommunen erwartet.

Ratsherr Krieghoff weist ergänzend darauf hin, dass es angesichts eines Personalmangels beim Aufsichtspersonal nicht mehr möglich ist, eine parallele Öffnung aller Vareler Bäder zu gewährleisten.

Ratsherr Bruns erklärt, dass es sich um einen befristeten Beschluss handelt und keineswegs um eine dauerhafte Schließung. In Abwägung der von der Verwaltung aufgezeigten Einsparungsmöglichkeiten habe man sich zu der vorübergehenden Schließung des DanGastQuellbades entschieden. In dieser Energiekrise werden von allen Bürger/innen, Betrieben und Einrichtungen Energieeinsparungen erwartet, da darf sich auch eine Kommune nicht zurücknehmen sondern auch sie muss ihren Beitrag leisten.

Insoweit reicht es seines Erachtens nicht, diesen Vorschlag als unausgegoren zu bezeichnen ohne selbst alternative Vorschläge zu machen.

Ratsfrau Kück führt aus, dass die vorübergehende Schließung des DanGast-Quellbades eine Einsparung von ca. 845.000 kWh Gas erwarten lässt.

Für den Ratsherrn Funke gilt es bei der Beurteilung der Energiekrise zu beachten, dass sich die Bundesrepublik Deutschland immer noch zwei Regierungssitze (Berlin und Bonn) leistet und dass das Parlament der Europäischen Union mit Straßburg, Brüssel und Luxemburg drei verschiedene Arbeitsorte unterhält. Seines Erachtens lässt es sich der Bevölkerung nicht erklären, dass diejenigen, die durch die verfehlte Energiepolitik der letzten zehn bis fünfzehn Jahren für die Energiekrise verantwortlich sind, für sich selbst bisher nicht vollzogen haben, was

einigermaßen schadlos für die Bevölkerung wäre aber die Verantwortlichen betreffen würde. Insoweit tut er sich schwer damit wenn gesagt wird, die Kommunen müssten „mit gutem Beispiel vorangehen“. Seines Erachtens ist es nicht zu akzeptieren, dass die Krisen und deren Folgen immer von „den kleinen Leuten“ getragen werden sollen.

Beschluss:

Das DanGastQuellbad wird mit Ende der Herbstferien Niedersachsen 2022 (28.10.2022) bis auf Weiteres geschlossen. Im Februar 2023 wird auf der Basis der dann vorliegenden Informationen geprüft, ob das DanGastQuellbad zu den Osterferien NRW und Niedersachsen wieder geöffnet wird (aus Sicht des Tourismus sehr wichtig). Die Öffnungszeiten des Quellbades verbleiben in den Herbstferien im „Außersaisonmodus“ (ab 14:00 Uhr).

Das Hallenbad wird am 05.09.2022 geöffnet. Solange das DanGastQuellbad im weiteren Verlauf geschlossen ist, bleibt das Hallenbad geöffnet (gilt auch für die Herbst- und Weihnachtsferien). Die Zeitfenster für das öffentliche Baden im Hallenbad werden bei Bedarf und Möglichkeit um die Schließzeiten des Quellbades erweitert. Gästekarte sowie die Varel-DanGastCard werden im Hallenbad anerkannt. Die ersten zwei Stunden ist der Eintritt frei.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 20 Nein: 8

5.4 Verwaltungsausschuss vom 29.09.2022

5.4.1 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 20.09.2022

5.4.1.1 Bebauungsplan Nr. 254 (Vareler Brauhaus); hier: Abwägung und Satzungsbeschluss Vorlage: 262/2022

Ratsfrau Mattern-Karth erklärt, dass sie mit dem Bauvorhaben an dieser Stelle und in der vorgesehenen Größe grundsätzlich einverstanden ist.

Für die Fraktion Grüne/FDP unverständlich ist jedoch die kleinstmögliche Solarfestsetzung von nur 30 %. Sie führt weiter aus, dass Solarfestsetzungen aus ihrer Sicht im Laufe der Beratungen von ursprünglich 50 % auf nunmehr 30 % reduziert worden sind. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf die Beratungen zu dem Bebauungsplan Nr. 242 (Tangermoorweg) in dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 23.11.2021.

Angesichts des zwischenzeitlichen Ausbruchs des Krieges in der Ukraine und der damit einhergehenden Energiekrise zeigt sie kein Verständnis für diesen Rückschritt bei der Solarfestsetzung.

Für den Ratsherrn Funke ist es kaum vorstellbar, dass die erhofften bzw. gewünschten Änderungen im Bereich der Energiepolitik in der angedachten Zeit tatsächlich umsetzbar sein werden, insoweit befindet man sich quasi „im Blindflug“. Für die Kommunalpolitik ist es daher wichtig, realitätsbewusst zu handeln um gegenüber der Bevölkerung glaubwürdig zu bleiben.

Ratsfrau Busch zeigt sich enttäuscht von den textlichen Festsetzungen dieses

Bebauungsplans und würde sich eine Vereinheitlichung solcher Festsetzungen möglichst über alle Bebauungspläne hinweg wünschen. Sie kündigt an, dem Beschlussvorschlag nicht zuzustimmen.

Ratsherr Brumund weist darauf hin, dass eine Solarfestsetzung von 50 % bei der geplanten Veranstaltungshalle für den Investor sehr hohe Investitionskosten bedeuten würde. Um potentielle Investoren nicht zu verschrecken, müsse man solche Festsetzungen stets einzelfallbezogen vornehmen.

Ratsherr Biebricher führt aus, dass eine vom Landesgesetzgeber geplante Regelung vorsieht, dass ab dem 01.01.2023 bei Nichtwohngebäuden eine Solarpflicht für 50 % der Dachfläche gelten soll.

Der SPD/CDU-Gruppe ist es in der Vergangenheit wichtig gewesen, Solarfestsetzungen vorzunehmen. Dabei habe man sich auf Rahmenbedingungen beschränkt um den Bauherren individuelle Gestaltungsmöglichkeiten zu lassen. In diesem Zusammenhang verweist er auch auf die notwendige Verlässlichkeit politischer Entscheidungen.

Ratsfrau Ender weist darauf hin, dass sich eine Solarfestsetzung von 50 % im Einzelfall durchaus als unwirtschaftlich erweisen kann, wenn das zu bauende Einfamilienhaus nicht zusätzlich mit einer Wärmepumpe und/oder einer Wallbox für ein Elektroauto ausgestattet werden würde. Eine Solarfestsetzung von 30 % lässt sich in der Regel auch ohne diese Komponenten wirtschaftlich darstellen.

Bürgermeister Wagner weist darauf hin, dass es sich bei der Aufstellung von Bebauungsplänen um Ortsrecht handelt, welches im Einzelfall festzusetzen ist. Insofern ist es nicht möglich per se in jeden Bebauungsplan die gleichen textlichen Festsetzungen aufzunehmen.

Auf eine entsprechende Frage des Ratsherrn Funke führt Herr Meyer aus, dass sich die EWE als Netzbetreiber vorbehält in jedem Einzelfall zu prüfen, ob das Leitungsnetz die installierte Leistung aus Photovoltaikanlagen aufnehmen kann. Besonders im Außenbereich kann es dabei durchaus zu entsprechenden Beschränkungen kommen.

Beschluss:

Die dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 20.09.2022 anliegenden Abwägungsvorschläge werden zum Beschluss erhoben. Der Bebauungsplan Nr. 254 wird nebst Begründung als Satzung beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

Ja: 27 Enthaltungen: 1

5.4.2 Anträge an den Rat der Stadt Varel

5.4.2.1 Fortführung der Kooperationsvereinbarung vom 21.10.2020 zwischen der Stadt Varel, dem Heimatverein Varel e. V. und dem Kulturverbund Friesland Vorlage: 265/2022

Beschluss:

Die Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Varel, dem Heimatverein Varel e. V. und dem Kulturverbund Friesland vom 31.10.2020 wird über den 31.10.2022 hinaus bis zum 31.12.2024 zu den bestehenden Konditionen verlängert. Für das Haushaltsjahr 2022 werden Haushaltsmittel in Höhe von zusätzlich 8.400 € überplanmäßig bereitgestellt. Für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 sind Haushaltsmittel in Höhe von jeweils 50.000 € einzuplanen.

Einstimmiger Beschluss**5.5 Stiftungsvorstand der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung vom 29.09.2022****5.5.1 Anträge an den Rat der Stadt Varel****5.5.1.1 1. Nachtragswirtschaftsplan der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2022
Vorlage: 276/2022/1****Beschluss:**

Der 1. Nachtragswirtschaftsplan der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung als Trägerin des Alten- und Pflegeheimes Langendamms für das Wirtschaftsjahr 2022 wird in der dem Protokoll über die Sitzung des Stiftungsvorstandes der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung vom 29.09.2022 anliegenden Fassung beschlossen. Die Finanzplanung für den Planungszeitraum 2021 – 2025 wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmiger Beschluss**6 Mitteilungen des Bürgermeisters**

Keine Mitteilungen des Bürgermeisters.

7 Anträge und Anfragen**7.1 Beschlüsse des Rates der Stadt Varel zum UNESCO-Biosphärenreservat "Niedersächsisches Wattenmeer"**

Ratsherr Neugebauer bezieht sich auf zwei Beschlüsse des Rates der Stadt Varel aus den Jahren 2019 und 2022 mit denen ein Beitritt zum UNESCO-Biosphärenreservat "Niedersächsisches Wattenmeer" jeweils mit deutlicher Mehrheit abgelehnt worden ist.

Er berichtet von Beratungen über mittelfristige Entwicklungsziele und den dazugehörigen Handlungsschwerpunkten in den Gremien des Kreistages des Landkreises Friesland, wonach die Verwaltung des Landkreises aufgefordert werden

soll, die noch nicht teilnehmenden Städte und Gemeinden doch noch zu einem Beitritt zu bewegen. Er hält ein solches Vorgehen für respektlos gegenüber den betroffenen Räten der entsprechenden Städte und Gemeinden. Er fordert insbesondere die Ratsmitglieder, die zugleich Abgeordnete des Kreistages sind auf, sich in Gesprächen mit ihren dortigen Fraktionsmitgliedern dafür einzusetzen, dass Beschlüsse des Rates der Stadt Varel akzeptiert werden.

Sollte der Kreistag seine Absichten nicht einstellen, so werde er eine Protestnote an ihn richten und bittet bereits jetzt um die notwendige Unterstützung.

Bürgermeister Wagner erklärt, dass er diesbezüglich ein Gespräch mit dem Landrat, Herrn Ambrosy, führen möchte. Grundsätzlich sieht er kommunalverfassungsrechtlich keine Möglichkeit seitens des Landkreises auf diese Beschlüsse des Rates der Stadt Varel einzuwirken. Er kündigt an, über das Gespräch mit dem Landrat im Verwaltungsausschuss zu berichten.

Die Ratsmitglieder Funke und Kühne schließen sich den Ausführungen des Rats Herrn Neugebauer im Grundsatz an und betonen die Zuständigkeit der jeweiligen Räte der betroffenen Städte und Gemeinden.

7.2 Sitzungen der Gremien des Rates der Stadt Varel in den Rathäusern I und II

Ratsfrau Mattern-Karth bittet die Verwaltung zu prüfen, ob die Akustik und die Darstellung von Präsentationen im Rahmen von Ausschusssitzungen in den Rathäusern I und II verbessert werden kann. Ihr ist von Ausschussbesuchern berichtet worden, dass diesen die Verfolgung von Sitzungen nur schlecht möglich war.

Um 20:06 Uhr schließt Ratsvorsitzender Helms die öffentliche Sitzung.

Zur Beglaubigung:

gez. Dominik Helms
(Vorsitzende/r)

gez. Gerd-Christian Wagner
(Bürgermeister)

gez. Thomas Besse
(Protokollführer/in)